

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 24.

Charlottenburg, Freitag, den 16. Juni 1922.

49. Jahrg.

## Zum Unterbau-, Aufbau- und Nebenbau der Bezirkswirtschaftsräte.

Von Otto Albrecht.

Der Artikel 165 der neuen deutschen Reichsverfassung spricht nur in seinem Einleitungssatz einen Grundgedanken so klar und bestimmt aus, daß an ihm niemand mehr rütteln kann. Dieser Satz lautet bekanntlich: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Der nun folgende zweite Satz: „Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt“ ist bereits eine Selbstverständlichkeit, weil eine zwingende Schlussfolgerung aus dem, was im ersten Satze gesagt wird. Der hier verankerte Grundgedanke der Gleichberechtigung von Unternehmern und Arbeitnehmern im Arbeitsverhältnis und im wirtschaftlichen Produktionsprozeß ist nichts mehr und nichts weniger, als die verfassungsmäßige Feststellung einer durch die allgemeine Entwicklung erreichten Synthese, die sich zwischen der alten These „Unternehmerabsolutismus“ und der neuen Antithese „Mätherrschaft“ durchgesetzt hat. Was in den weiteren Absätzen des Artikels 165 noch gesagt wird, ist lediglich erläuterndes Beiwerk, über dessen Zweckmäßigkeit durchaus gestritten werden kann. Das eine ist allerdings auch hierüber heute bereits klar: Ein Mäteswesen nach sowjet-russischem Muster kann man nicht schaffen. Die durch ein besonderes Gesetz zugestandenen Betriebsräte sind nichts anderes, als eine Fortbildung und größere Verallgemeinerung jener „Arbeiterausschüsse“, die schon die Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891 gebracht hat. Und die noch zu schaffenden Arbeiter- und Wirtschaftsräte werden Gedanken und Pläne zu verwirklichen haben, die sich in der deutschen Arbeiterschaft schon jahrzehntelang um die Begriffe „Arbeiterkammern“ und „Arbeitskammern“ gruppiert haben. Da das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ein Organismus (aber kein Mechanismus!) ist, so bleibt uns gar nichts anderes übrig, als auch hier mit dem einmal Gegebenen zu rechnen und zu arbeiten.

Die politische Revolution hat es lediglich vermocht, die Reichsmonarchie in eine Reichsrepublik und die Landesmonarchien in Länderrepubliken umzuwandeln. Dagegen hat sie die ehemaligen Abgrenzungen der einzelnen Bundesstaaten zueinander nicht angetastet; auch hat sie sonst an der politischen Einteilung dieser Staaten bezw. Länder in Regierungsbezirke, Kreise usw. nichts geändert, eine solche etwaige Aenderung vielmehr ganz und gar der weiteren Entwicklung überlassen. Demokratische Parlamente und allgemeine Volksbegehren sind die Stellen, die weiterhin entscheiden sollen, was und wie man sich da anders einrichten will. Da ist es nur folgerichtig, wenn man auch die Wirtschaftsverfassung des Reiches dem so Gegebenen und Werdenden anpaßt. Das heißt, daß für die nach der Verfassung versprochenen Bezirksarbeiter- und Bezirkswirtschaftsräte nicht besondere „Wirtschaftsprovinzen“ abgeleitet, sondern daß diese Bezirke mit Rücksicht auf die gegebenen politischen Grenzen gebildet werden. Und nicht bloß folgerichtig, sondern sogar notwendig. Denn die Bezirksarbeiter- und Bezirkswirtschaftsräte sollen für ihre Bezirke doch schließlich ein gewisses Abbild des Reichsarbeiter- und des Reichswirtschaftsrates darstellen. Sie sollen in Gesetzgebungs- und Verwaltungsfragen als Gutachterkörperschaften tätig werden. Das bedingt schon an sich eine räumliche Umgrenzung nach Länder- und anderen politischen Bezirken. Die ihnen zugeordneten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse bedingen das nicht weniger. Danach erscheint es zweck-

dienlich, erstens Landesarbeiter- und Landeswirtschaftsräte zu schaffen und zweitens diesen einen Unterbau nach politischen Bezirken usw. zu geben.

Zu einem solchen räumlichen (sogenannten „horizontalen“) Aufbau hat noch ein Aufbau nach Wirtschaftsgruppen („vertikaler“ Aufbau) zu treten. Und hierfür kommt noch viel dringlicher das einmal Gegebene in Betracht, als für den politischen Aufbau des Reiches die Länder und ihre Kreise usw. benutzt werden müssen. Dieses Gegebene sind aber die alten Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammern, über die der Artikel 165 — gar nichts sagt. In weiten Kreisen der Arbeitnehmer war man bis in die jüngste Zeit hinein der Ansicht, diese Kammern müßten und könnten jetzt einfach verschwinden, da ihre Aufgaben von den künftigen Bezirkswirtschaftsräten zu übernehmen seien. Das hat sich jedoch als ein Irrtum herausgestellt. Das ist schon darum nicht durchführbar bezw. nicht zweckdienlich, weil die Bezirkswirtschaftsräte ja nicht bloß aus Vertretungen der Unternehmer und der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, sondern hierzu auch noch „Vertretungen sonst beteiligter Volkskreise“ kommen, die als „wichtige Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.“

Im Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist man nach umfangreichen und tiefgründigen Sachverständigenbernehmungen und nach anschließenden Beratungen sich klar und schlüssig geworden, daß gerade die Landwirtschafts-, die Handwerks- und die Handelskammern in den Gesamtaufbau mit einbezogen werden müssen. Die Vertreter sowohl der Unternehmer wie auch der Arbeiter und der sonst beteiligten Volkskreise des Reichswirtschaftsrates stimmen diesen Gedanken heute einmütig zu. Ausschließlich über das „Wie“ gehen die Meinungen und Ansichten noch auseinander. Die Arbeitnehmer aller Richtungen verlangen den Umbau der genannten Unternehmerkammern in paritätische Doppeltkammern, also in Kammern, die sich je zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeitnehmer zusammensetzen sollen, deren beiden Teilen sonst aber auch ein selbständiges Entscheidung- und Begutachtungsrecht zu wahren ist. Die Unternehmer vertraten bisher sehr unterschiedliche Auffassungen, einige waren sie sich noch nicht einmal in der Ablehnung der geforderten Parität; denn ein bedeutender Vertreter des Handwerks hat sich im Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrates für die Parität ausgesprochen. Die Landwirtschaftsunternehmer waren im allgemeinen für eine Vereinnahmung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in die Landwirtschaftskammern, jedoch bis höchstens zu einem Drittel der Gesamtvertretung. Und die Handelskammern lehnen jede unmittelbare Anteilnahme der Arbeitnehmer ab; sie sind vielmehr dafür, daß neben den Handelskammern ein paritätischer Ausschuß eingerichtet werden soll, dem gewisse Aufgaben zur Verarbeitung zu übertragen wären.

Neuerdings ist man unternehmerseits bestrebt, eine Einheitsfront der Unternehmer herzustellen; diesem Zwecke dient im besonderen eine Denkschrift von Geh.-Rat Dr. Stegemann-Braunschweig, der mit Unterstützung einer Kommission von Sachverständigen und Beauftragten der Unternehmervertreter des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die ganze Frage eingehend untersucht hat. Das Ergebnis dieser Arbeit gipfelt nun darin, daß für alle Unternehmerkammern ein gleichlautender Vorschlag gemacht wird. Nach diesem Vorschlage sollen sowohl den einzelnen Landwirtschafts-, wie auch Handwerks- und Handelskammern je eine besondere Arbeitnehmerkammer (der Landwirtschaft, des Handwerks und des Handels) zur Seite gestellt werden. Beide Arten von Kammern sollen durch paritätische Berufsausschüsse mitein-

ander in Verkehr treten und durch diese zu gemeinsamen Beratungen zusammengeführt werden. Gegenstand der Beratungen sollen alle Angelegenheiten bilden, die die eine oder andere Seite beantragt. Die Unternehmerkammern sollen zu Landesgewerkekammern (oder -räten) zusammengeschlossen werden, die nach Bedarf bezirkliche Unterabteilungen erhalten und die ihrerseits auch die Landes- und die Bezirkswirtschaftsräte beschicken oder in diesen als „Landesunternehmerrat“ die Vertretung der Unternehmer darstellen. Parallel dazu sollen sich die selbständigen Arbeitnehmervertretungen aufbauen. Für die letzteren wird die Frage aufgeworfen, jedoch offengelassen, ob etwa die Gewerkschaften zu Trägern dieser Körperschaften einzusetzen wären.

Man erkennt aus dieser Gegenüberstellung, daß die Anschauungen sich endlich zu klären begonnen haben und daß sie sich einander bereits nähern. Der neue Vorschlag in der Denkschrift Stegemann will denselben „vertikalen“ Aufbau als allgemeine Unterlage, den die Arbeitnehmervertretung des Reichswirtschaftsrates will, und daran anschließend dann auch die „horizontale“ Ausgestaltung. Beide unterscheiden sich dem Grunde nach jedoch dadurch, daß die Arbeitnehmer „zusammengeschweißte“ Doppelkammern begehren, während Stegemann und die hinter ihm stehenden Unternehmervertreter je selbständige Kammern befürworten, die durch paritätische Ausschüsse zu verbinden sind und auch in den Landes- und in den Bezirkswirtschaftskammern (Landes- und Bezirkswirtschaftsräten) mit den Vertretern der sonst noch zu beteiligenden Volkstriebe ähnlich in Beziehung treten würden. Denn neben den Landes- und Bezirkswirtschaftskammern (-räten) stehen ja noch die selbständigen Unternehmerräte auf der einen Seite und die Arbeiterräte auf der anderen, und zwar in dem Sinne, daß zwischen den Vertretungen im Wirtschaftsrat und denjenigen im Unternehmerrrat bzw. im Arbeiterrat Personalunion hergestellt wird.

Arbeitnehmerseits darf nicht außer Betracht gelassen werden, daß die alten Unternehmerkammern der Landwirtschaft, des Handwerks und des Handels sowie der Industrie die **Bollwerke und Hochburgen der kapitalistischen Privatwirtschaft bilden**, in die es einzudringen gilt, um dann von hier aus das sonst gepflegte privatwirtschaftliche Interesse gemeinwirtschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen.

Der Allgemeine Gewerkschaftskongreß wird Gelegenheit haben, die ganze Frage der Arbeiter- und Wirtschaftsräte noch einmal gründlich zu behandeln. Die in dem vorstehenden Aufsatz gemachten Ausführungen und Andeutungen dürften ausreichen, zu beweisen, daß der Inhalt des Artikels 165 der Reichsverfassung, wie einleitend schon gesagt, in seinem Beiwerk, das sich über Arbeiter- und Wirtschaftsräte ausspricht, recht unzulänglich ist. Gleichwohl dürfte der vorhandene Spielraum ausreichen, dieses Rätewesen so aufzubauen, wie es dem organischen Sein und Werden in Wirtschaft und Gesellschaft am besten entspricht. Sollten aber doch verfassungsrechtliche Hindernisse bestehen, so müßten diese durch eine entsprechende Verfassungsänderung beseitigt werden. Staatsverfassung und Wirtschaftsverfassung dürfen einander nicht widersprechen; beide stehen im Dienste der werdenden und sich fortgesetzt erneuernden und verjüngenden Gesellschaft.

## Vom Tagungsort unserer Generalversammlung.

Dem größten Teil der Kollegen, der sein Fachorgan auch tatsächlich liest, ist es bekannt, daß unsere diesjährige Tagung in Dresden zeitlich zusammenfällt mit einer Ausstellung, welche die Erzeugnisse unserer Industrie neben einigen verwandten anderen zur Schau stellt. In diesem Zusammenhang ist es wohl angebracht, auf die Bedeutung Dresdens als **Ausstellungsstadt** hinzuweisen.

Schon in den neunziger Jahren trat man mit solchen Veranstaltungen, die sich allgemeiner Beachtung erfreuten, hervor. Es sei erinnert an die Städteausstellung und verschiedener anderer Gewerbeausstellungen, die aber damals einen mehr lokalen Charakter trugen. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts wandte man sich an ein größeres Publikum. Die interessierten Kreise sagten sich nicht mit Unrecht, daß eine Stadt, die wie **Dresden** in Deutschland einen Anziehungspunkt für viele **ausländische** Besucher, geeignet sei, für deutsche Leistungen, **in der Landwirtschaft, Industrie oder der Wissenschaft, Propaganda zu machen.** Die bedeutendste dieser Veranstaltungen war die **Proviensausstellung** im Jahre 1911, und den meisten von uns ist **das** in **deutscher** Erinnerung. Wenn auch vielen unserer Kollegen aus **verschiedenen** Gründen der Besuch derselben verweigert **ist**, **so** doch alle aus den Presseberichten über den Zweck und die Ziele dieser Ausstellung unterrichtet worden. Leider hat ja der Krieg und die in seinem Gefolge eingetretene Verarmung uns **nicht** gestattet, die dort gewonnenen Lehren in dem Maße zu verwirklichen, wie es geboten war. Und doch hat diese Ausstellung in den **wenigen** Jahren bis zum Kriege bewiesen, daß solche Veranstaltungen **richtungsgebend** sind. Man hat ihre Spuren verfolgen können, da sie

ja gerade geeignet war, von den öffentlichen Körperschaften in die Tat umgesetzt zu werden.

Was sind nun die Gründe, die neuerdings Veranlassung gaben, in unserer verarmten Zeit ein Projekt zu verwirklichen, das doch immerhin erhebliche Kosten verursacht? Ein Teil derselben ist schon oben angeführt, er ist heute genau so zutreffend, ja noch mehr als damals. Wieder wie ehemals sucht das zahlungsfähige Auslandspublikum unsere natürlichen und Kunstschätze in großer Zahl auf. Gerade unsere Industrie ist wie wenige andere imstande, den Ausländer zum Kaufe zu reizen. Die Rohstoffe, welche wir verarbeiten, brauchen nur zum geringsten Teil aus valutastarken Ländern bezogen werden, und doch sind die Produkte, welche daraus hergestellt werden, qualitativ denen der anderen Staaten nicht nur nicht unterlegen, sondern, von einigen Ausnahmen abgesehen, bei weitem überlegen. Der Nutzen für unsere Volkswirtschaft, auch im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen, liegt auf der Hand.

In einem Vortrag, den die Ausstellungsleitung schon im vorigen Jahre veranstaltete, ist deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß es nicht der Zweck dieser Ausstellung sein soll, Ausnahmeleistungen zu bieten, d. h. die besonders hergestellten Ausstellungsobjekte möchte man missen; nur höchste Qualitätsarbeit sind die Fabriken verpflichtet, zur Verfügung zu stellen. Es soll gezeigt werden, so wie die hier sichtbaren Gegenstände beschaffen sind, können die Besucher dieselben **heim** in den Ländern erstehen. Ziel ist in den letzten Jahren **beschrieben** worden von Verufenen und Unberufenen, daß Deutschland nur mit Qualitätsarbeit in der Lage sei, seine verloren gegangenen Märkte wieder zu gewinnen. Hier ist der Ort, wo es zu zeigen gilt, daß wir diese Erkenntnis bereits in die Tat umgesetzt haben.

Diese Ausstellung wird zeigen, wie aus den primitivsten Anfängen eine Industrie entstanden ist, die gegenwärtig den höchsten Anforderungen genügt. Es würde über den Rahmen dieser Zeilen hinausgehen, wollte man eine Geschichte der Keramik schreiben. Allen sind ja die Werke unserer alten Porzellanfabriken bekannt, besonders ist es eine unbestrittene Tatsache, daß nicht erst in den letzten Jahren oder Jahrzehnten die dort hervorgegangenen Erzeugnisse ihre höchste Vollendung gefunden haben. Die Werke früherer Zeiten unterscheiden sich wohl im Stil, aber seltener in der Ausführung von denen der neueren Zeit. Anders verhält es sich beim Steingut. Lange Zeit hat die Entwicklung desselben geruht, weil man in zahlungsfähigen Kreisen das edlere Material des Porzellans vorgezogen hat. Es ist wohl nicht zu viel behauptet, daß es die durch eigene Kraft empfortreibende organisierte Arbeiterschaft gewesen ist, welche höhere Ansprüche auf das Leben stellend, dem Steingut, als dem wohlfeileren Material, Gelegenheit bot, sich zu entwickeln. In älteren Zeiten, als der Arbeiter infolge seiner wirtschaftlichen Ohnmacht knapp in der Lage war, seine allerdringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, ist er froh gewesen, wenn er einen Blech- oder Holzstiel zur Verfügung hatte. Der Zusammenschluß mit seinen Leidensgefährten zu immer machtvoller sich gestaltenden Organisationen gestattete ihm erst nach und nach, vom Leben mehr zu fordern, als die allernotwendigsten Bedürfnisse. Jedem Kenner der Verhältnisse ist ohne weiteres klar, daß qualitativ hochstehendes Steingut dem minderwertigen Porzellan unbedingt vorzuziehen ist, zumal einige Steingutfabriken eine Ware auf den Markt bringen, die in der Ausführung jeden Vergleich auch mit besseren Porzellanen nicht zu fürchten braucht. Auch auf dem Gebiet der Terrakotten, in früheren Jahren nicht zu Unrecht als **Greuelindustrie** bezeichnet, ist heute festzustellen, **befleißigt** man sich, **Wertvolleres** zu leisten.

Im bisher Besprochenen ist im besonderen die Geschirr- und Lugsindustrie gekennzeichnet. Unser Rohprodukt findet aber beinahe ebenso starke Verwendung zu technischen Zwecken. In unseren Berufskreisen ist zur Genüge bekannt, welchen Aufschwung die Herstellung elektrotechnischer und chemisch-technischer Porzellane genommen hat. Nicht zum geringsten Teil ist dieses der Mitarbeit unserer Kollegen, nicht nur, was die Menge, sondern vor allem, was die Güte der Erzeugnisse anbelangt, zu verdanken. Wir wissen, wodurch die Arbeiterschaft dieses Teiles der Industrie gezwungen war, gerade den hier beschäftigten Kollegen einen Verdienst zu gestatten, den sie glaubt, dem Gros noch vorenthalten zu können. Beim Steingut sind es vor allem die Spülwaren, welche hervorgehoben zu werden verdienen. Vor kaum zwei Jahrzehnten hatte die englische Industrie geradezu ein Monopol **im** Auslande, als auch im Inlande auf diesem Gebiete. Mittlerweile hatte unsere Industrie aber nicht geringe Erfolge zu verzeichnen, doch muß auch hier wieder betont werden, in welcher verständnisvoller Weise unsere Kollegen dazu beigetragen haben, daß es so gekommen ist. Die feinkeramische Industrie beschäftigte sich auch mit der Herstellung von Baukeramiken; selbstverständlich nur für Innenbauten. Wir hatten schon vor Jahren Gelegenheit, hervorragende Leistungen auf diesem Gebiet in der Deutschen Städteausstellung zu bewundern. Wer denkt dabei nicht an den Wintergarten und die Badezimmer-Einrichtungen, welche die Firma Billeroy & Boch **damals** ausstellte. Es sei nun noch der Mosaikplatten- und Fliesenindustrie

gedacht, sowie der Kachelofenindustrie, welche letztere durch die enormen Eisenpreise zu neuem Leben erweckt worden ist. Welch hohe Bedeutung der Kachelofen wieder erlangt hat, wird sich erst zeigen, wenn unsere wirtschaftlichen Verhältnisse eine den Notwendigkeiten entsprechende Bautätigkeit gestattet.

Um die Bedeutung der keramischen Industrie zahlenmäßig zu erhärten, sei es erlaubt, eine Aufstellung zu zitieren, welche in der sogenannten „blauen Broschüre“, herausgegeben durch die Ausstellungskommision, zu finden ist. 1913 wurde ausgeführt: An gewöhnlichen Ton- und Steingutwaren 6 869 580 Doppelzentner im Werte von 34 931 000 Mark, an Waren aus Steingut oder feinerem Stein- und Tongut 37 480 Doppelzentner im Werte von 20 843 000 Mk., und an Porzellanerzeugnissen 580 442 Doppelzentner im Werte von 57 026 000 Mk. Diese Zahlen gestatten einen Rückschluß auf die heutigen Verhältnisse. Wenn auch der Mangel an qualifizierten Arbeitern und die noch immer ungenügende Kohlenbelieferung die volle Ausnutzung der Betriebe nicht erlaubt, so kann man doch die oben gestellte Behauptung, wie wesentlich unsere Industrie entlastend auf das Valutaproblem wirkt, nicht verkennen.

Diejenigen Kollegen, welche das Vertrauen der Mitglieder nach Dresden delegiert, werden in der Lage sein, ein Urteil abzugeben über die Bedeutung unserer Industrie im Rahmen der allgemeinen Volkswirtschaft. Sie müssen auf Grund dieser Erkenntnis den Kollegen sagen, daß es ihre Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß ihnen der gebührende Anteil am Werte nicht vorenthalten wird. Die ausgestellten Erzeugnisse werden den Beweis erbringen, daß überall dort, wo eine auf gegenseitigem Verstehen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaute Zusammenarbeit stattfindet, die Produktion eine erfreuliche Höhe zeigt. Darum noch einmal: Möchte vielen Kollegen die Gelegenheit geboten sein, hier ihr Wissen im Interesse des Berufes, und nicht zuletzt im Interesse unserer eigenen Kollegenschaft, zu bereichern.

P. M.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

**Kritische Betrachtungen zu den wirtschaftspolitischen Beschlüssen in Genua. — Die Folgen der Auslandsanleihe. — Weltmarktlage. — Kapitalistische Ursache der Verschärfung der deutschen Krise. — Zurückhaltung behördlicher Aufträge. — Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Gesundung. — Uberschichtenverhandlungen.**

Die Verhandlungen auf der internationalen Konferenz in Genua haben sehr stark unter dem Eindruck der politischen Vorgänge gestanden und in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Fragen, die zur Verhandlung standen, abgelenkt. Zu den Erörterungen in Genua, die diesem Schicksal verfielen, gehört auch die Behandlung der internationalen Wirtschaftspolitik. Eigentlich sollte sie die Hauptfrage sein, mit der man sich in Genua beschäftigen wollte, aber es gelang nicht, die Hauptaufmerksamkeit hierauf zu konzentrieren.

Die Kommission, die sich mit der Wirtschaftspolitik befaßte, hat eine sehr eingehende Arbeit geleistet und sich in langen Verhandlungen mit all den wichtigen Problemen beschäftigt, die unsere internationalen Handelsbeziehungen berühren. Die deutsche Delegation hat mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, wie eng die Frage der Wirtschaft mit der Finanzfrage in Verbindung steht; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die große Differenz in der Bewertung der Zahlungsmittel der einzelnen Länder, die Verschuldung der Staaten untereinander, mit einer der wesentlichsten Ursachen für das Durcheinander in unserem internationalem Verkehr ist. Die hieraus sich ergebenden wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Ländern mit günstiger und ungünstiger Valuta zu überbrücken, das war die Hauptaufgabe, die in der Wirtschaftskommission zu erfüllen war.

Dazu kommt für Deutschland die ungünstige Position, daß unsere Zahlungsbilanz durch die enormen Reparationslasten immer stärker passiv wird. Die Vertretung der deutschen Delegation hat deshalb immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Gesundung der deutschen Wirtschaft nur möglich ist, wenn die Reparationslasten erheblich gemildert werden. Obwohl eigentlich nach den Beschlüssen in Cannes, wo es die Franzosen insbesondere beabsichtigten, nicht über den Versailler Vertrag und seine Auswirkungen gesprochen werden sollte, konnte man es nicht verhindern, daß auf diese Wirkungen des Versailler Vertrages von der deutschen Delegation nachdrücklich hingewiesen wurde.

Um einzelne wichtige Fragen aus den Verhandlungen herauszuheben, sei folgendes bemerkt: Fast allgemein wurde der gegenwärtige Zustand beklagt, daß bei der Neugruppierung, wie sie die Entente in der Staatenbildung in Europa vorgenommen hat, die wirtschaftliche Grundlage dieser Staaten vollständig unbeachtet bleibe. Die Versplitterung in der Staatenbildung, die einheitliche Wirtschaftsgebiete zerstört, führt für den Handelsverkehr immer neue Hemmnisse herbei. Diese können erst beseitigt werden, wenn unter diesen nun nach politischen Gesichtspunkten abgemessenen Staatenbil-

dungen wirtschaftliche Interessenverbände durch Handelsverträge oder Handelsabkommen geschaffen werden.

Die Frage der Rohstoffversorgung gab Anlaß zu einer sehr eingehenden Auseinandersetzung, bei der die Vertretung von Italien und Frankreich den Standpunkt einnahmen, daß die Rohstoffe, die ein Land besitzt, soweit sie nicht dem eigenen Verbrauch vorbehalten sind, ohne besondere Steueraufschläge an das Ausland abgegeben werden müssen. Diese Anschauung fand vielfach Widerspruch, und die deutsche Delegation konnte mit Nachdruck darauf hinweisen, daß ja die Reparationskommission der Entente Deutschland gegenüber die strikte Forderung erhoben hat, daß zu den Kohlenpreisen erhebliche Zuschläge gemacht werden müssen, damit die Kohlen nach dem Ausland nicht unter dem Weltmarktpreis abgesetzt werden können. Sicherlich war den Vertretern der Entente dieser Hinweis unangenehm, aber es wurde auch von anderen Interessenten der Standpunkt vertreten, daß so allgemein die Anforderung nicht gestellt werden könne, sondern daß unter Berücksichtigung der Finanzlage eines Reiches es wohl begründet erscheint, zu den Rohstoffen Steuerzuschläge zu machen. Umgekehrt ging natürlich gerade das Streben Italiens darauf aus, bei der Kohlenbelieferung aus Deutschland auf Rechnung des Reparationskontos möglichst niedrige Preise in Ansatz zu bringen.

In enger Verbindung damit stand die Frage des sogenannten Dumping. Man behauptete — und mit gewissem Recht — daß die untervalutarischen Länder eine sehr unsolide Konkurrenz auf dem Weltmarkt durch eine Preisunterbietung hervorrufen. Hier verlangte Italien, daß es verboten sein sollte, Waren unter Herstellungskosten im Herkunftsland nach dem Auslande abzugeben. Die deutsche Vertretung hatte grundsätzlich keine Einwände gegen die Auffassung, weil handelspolitisch die Maßnahmen, die insbesondere von den Kartellen betrieben werden, im Ausland billiger zu verkaufen als im Inland, nicht gerade eine Rechtfertigung erfahren können. Indes stellte sich sehr bald heraus, daß gerade in den hochvalutarischen Ländern sich das Bestreben geltend macht, die Preise nach dem Ausland auf Kosten des Inlandes zu ermäßigen, und deshalb kam von jener Seite der Einwand, daß auch dieser Grundsatz keine allgemein geltende Anerkennung ertragen könne, daß er nur wünschenswert ist in der Durchführung unter Berücksichtigung normaler Verhältnisse.

Bedeutungsvoll war die Frage, ob es möglich sein würde, in der Meistbegünstigung eine bessere Stellung, wie sie der Versailler Vertrag Deutschland auferlegt hat, zu erringen. Der Versailler Vertrag bestimmt, daß Deutschland jede Zollermäßigung, die es einem Staate gewährt, ohne irgendeine Gegenleistung auch allen alliierten Staaten gewähren muß. Die Regel in handelspolitischer Beziehung war bisher, daß die Meistbegünstigung, wie man die eben kurz skizzierte Form des Handelsabkommens nannte, so vereinbart wurde, daß für beide Vertragschließenden auf gleicher Grundlage die Vorteile zugestanden wurden. Die Bekämpfung dieser nachteiligen handelspolitischen Stellung Deutschlands durch den Versailler Vertrag fand in der Konferenz eine überaus günstige Aufnahme. Es war bezeichnend, daß nach den vorliegenden Berichten nicht nur einige neutrale Staaten, sondern auch von sehr einflußreichen Ententestaaten diese Bestimmung des Versailler Vertrags — wenn auch nicht unter deutlicher Kennzeichnung, dennoch durch die grundsätzliche Stellungnahme — als unhaltbar erkannt wurde. Der englische Vertreter nahm einen durchaus freihändlerischen Standpunkt ein. Ihm folgten die Vertreter von Japan und Italien, sowie die kleine Entente. Nur Frankreich blieb auf dem Standpunkt des Versailler Vertrags stehen, aber man gewann den Eindruck, daß es sich hier mehr um eine politische Prestigefrage handelt, als um eine sachliche Wirkung handelspolitischer Grundsätze. So darf der Beschluß, den die Konferenz in der Meistbegünstigung gefaßt hat, als ein durchaus befriedigender gelten. Natürlich ergeben sich für die praktische Anwendung der Meistbegünstigung bei den großen Differenzen in der Valuta der einzelnen Länder erhebliche Hindernisse. Es wird in der praktischen Anwendung sich nicht mehr um eine rein schematische Uebertragung der Meistbegünstigung handeln, sondern es wird eine Berücksichtigung der Valutadifferenz nötig sein. Aber das sind Einzelheiten, die in der praktischen Lösung dieser Frage keine unüberwindliche Schwierigkeit bieten.

Eine weitere Verhandlung, die mit den Wirtschaftsfragen in enger Verbindung stand, ergab sich in einer besonderen Kommission, die sich mit der Stellung der Ausländer beschäftigte, eine Erleichterung in den vielen Fragen, die die Handhabung des Patentswesens hervorgerufen hat, und die den Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums zum Zweck hat. Auch hier lauten die Beschlüsse so, daß ihre praktische Durchführung die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden, sichern kann.

Es wird vielfach hervorgehoben, daß es sich hier eigentlich um Vorschläge der Konferenz handelt, die unmittelbar eine praktische Auswirkung nicht haben können. Das ist durchaus zutreffend, aber niemand konnte im Zweifel darüber sein, daß eine internationale Konferenz nicht zu einem Handelsabkommen führen würde, das für alle Staaten eine gleiche Grundlage schafft. So haben diese Beschlüsse

natürlich nur den Wert, daß bei Verhandlungen über Handelsabkommen auf diese Grundfrage zurückgegriffen werden kann. Wenn künftig die Handelsverträge und Handelsabkommen von den hier niedergelegten Beschlüssen beherrscht werden, darf man annehmen, daß manche Hindernisse, die heute einen gegenseitigen Warenverkehr der Länder hemmen, überbrückt werden. Das ist der Vorteil, der aus diesen Beschlüssen für die künftige Gestaltung unserer Handelsbeziehungen zu erwarten ist. Ohne sie zu überschätzen, wäre es andererseits auch töricht, ihre Bedeutung zu verkleinern. Dazu kommt, daß die internationalen Beziehungen enger geknüpft wurden durch ein persönliches Näbertreten der leitenden Staatsmänner. Wir brauchen in der Welt eine Förderung gegenseitigen Vertrauens, um das Zurückdrängen der künstlich aufgestachelten Leidenschaften zu bewirken, die politisch und wirtschaftlich so schwere Schädigungen herbeigeführt haben.

Da die Vertagung der Pariser Anleiheverhandlungen auf dem Valutamarkt nicht ungünstig vermerkt wurde, und man auch mit einer befriedigenden Lösung der innerpolitischen Krise durch die Hermes-Verhandlungen rechnete, hielt die Besserung der Markt weiterhin an. Um so heftiger äußerten sich von großindustrieller Seite die Bedenken gegen eine Anleihe wegen der wirtschaftlichen Folgen der Marktbesserung. In diesen Kreisen glaubt man, annehmen zu müssen, daß Deutschland durch eine Anleihe unmittelbar in die Weltabsatzkrise hineingerissen wird zu einem Zeitpunkte, der für uns als besonders ungünstig zu bezeichnen ist, da bereits die übrigen Staaten in der Lage sind, durch innere Umstellung der Wirtschaft und Verbesserung der Technik diese Krise zu überwinden. Das Bundesarbeitsamt der Vereinigten Staaten berichtet, daß bereits am 30. April in 1428 größeren Industrieunternehmen 14875 Arbeiter mehr beschäftigt seien als im Vormonat. Auch die Belebung des amerikanischen Außenhandels im letzten Bericht-monat ist ein deutliches Zeichen für eine Besserung der dortigen Verhältnisse. Ähnliche Anzeichen machen sich in England und auch schon bei den neutralen Staaten geltend. So zeigt z. B. in Holland die Arbeitslosigkeit folgende Entwicklung: Mitte Februar 13,5 Proz. vollkommene, 4,2 Proz. teilweise Arbeitslose; Mitte April 9,3 Proz. bzw. 2,6 Proz. Nach der „Frankfurter Ztg.“ wird in einigen Jahresberichten von holländischen industriellen Werken festgestellt, daß mehrere Unternehmen der gefürchteten deutschen Konkurrenz mit kleinen Gewinnerträgen begegnen konnten, weil Deutschland bereits in der Rohstoffbeschaffung, durch den Zwang, sich hierfür Auslandsvaluten zu erwerben, die größten Schwierigkeiten habe und nur die daraus fertiggestellten Endprodukte ungefähr zu Weltmarktpreisen verkaufen könne; außerdem sei allmählich der Druck der Besteuerung bemerkbar. Sodann habe in Deutschland selbst trotz geringerer Arbeitslöhne, Mietenzwangswirtschaft usw. eine Ausgleichung des Inlands- an die Weltmarktpreise in einem Ausmaß stattgefunden, daß die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands allgemein gemindert sei. — Wenn die Verhältnisse schon heute auf dem Weltmarkt derartig liegen, so ist es fraglos, daß, wenn sich die Markt im Verlauf der Anleiheverhandlungen bessert, uns erhebliche Schwierigkeiten auf dem Auslandsmarkt entstehen würden. Aber ebenso fraglos ist, daß gerade unsere großindustriellen Unternehmen die Schuld daran tragen, wenn das Ausmaß der Krise für uns furchtbar werden sollte. Denn sie waren es, die die Industriepreise vorzeitig auf eine je nach der Devisenlage schwankende Höhe der Weltmarktpreise gehoben haben; sie haben dadurch nicht nur unseren Auslandsverkehr schon bei besserer Valuta gehemmt, sondern vor allem auch den Inlandsmarkt durch Zermürbung der Kaufkraft erheblich geschwächt. Vergeblich haben die Arbeitervertreter versucht, durch Steuerpolitik (Erfassung der Sachwerte usw.) die inflationistischen Wirkungen der Reparationslasten abzuschwächen; sie haben vergebens Maßnahmen gegen die hochkapitalistische Preispolitik verlangt (Eisenhöchstpreise), damit nicht das Existenzminimum und die Kaufkraft der arbeitenden Schichten noch mehr geschmälert und der wertvollste Teil der Substanz des Volkvermögens, die Arbeitskraft, untergraben würde. Die Politik des Hochkapitalismus, die heute führend ist, ging einfach darüber hinweg. Diese Situation behandelte der Reichswirtschaftsminister Gen. Robert Schmidt in seiner Etatsrede der letzten Woche. Er forderte, um einen allzu plötzlichen Eintritt der Krise mit ihren furchtbaren Wirkungen der Arbeitslosigkeit entgegenzusetzen zu können, erstens, daß alle behördlichen Auftragstellen ihre Aufträge jetzt zurückstellen sollten, um sie dann erteilen zu können, wenn in Umkehrung, d. h. eine Absatzkrise, eintreten sollte, zumal auch heute noch bei den meisten Industriezweigen auf einige Monate laufende Auftragsbestände vorliegen; zweitens forderte er, daß schon jetzt durch Intensivierung der Betriebe eine Selbstkostenherabsetzung herbeigeführt werde, um einen Preisabbau, der eine Steigerung der Kaufkraft zu ermöglichen.

Wir müssen wieder zu einer inneren Gesundung der Volkskraft kommen. Es dürfen nicht weiter die Industrie- und Handelsgewinne aufgebaut werden auf der Geldentwertung und der Enteignung der Nominalkapitalbesitzer. Um aber eine Gesundung zu ermöglichen, muß in erster Linie die ärgere Last, das Reparationsproblem, einer erträglichen Regelung durch eine Anleihe entgegen-

geführt werden. Den Zeitpunkt einer solchen — er liegt zweifellos gerade jetzt nicht sehr günstig für uns — können wir, wenn wir nicht noch größere wirtschaftliche Schäden auf uns nehmen wollen, nicht hinausschieben. Wir müssen den Weg einer Anleihe schon jetzt zu ermöglichen suchen trotz der wirtschaftlichen Auswirkungen und trotz des Kleinmuts der großindustriellen Könige, die nun vor den Wirkungen einer Krise bangen, zu deren fühlbarer Härte sie durch rücksichtslos kapitalistisches Gewinnstreben mit der Preistreiberei der letzten Monate in hohem Maße beigetragen haben.

Wir von Bergarbeiterseite erfahren, hat die Etatsrede des Reichswirtschaftsministers Gen. Robert Schmidt bei den Bergarbeitern durch ihre ehrliche Feststellung, daß die Bergleute bisher redlich ihre Schuldbigkeit getan hätten, eine nachhaltige Wirkung gehabt. Es wurde begrüßt, daß er anerkannte, daß man die Kohlennot nicht da und dort durch Uberschichten beseitigen könne, zumal wenn bei dem oft monatelangen Verjagen der Eisenbahn die Halbenbestände bis zum Himmel gewachsen seien. Man komme um die Erweiterung der Kohlenbasis durch neue Schächte im Rahmen der Gemeinwirtschaft nicht herum und müsse auch durch technische Verbesserungen das möglichste tun, um der Kohlennot allmählich ein Ende zu machen.

Die Unternehmerseite nahm die Rede des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers zwar etwas trumm. Das schadet nichts; ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister kann und darf nicht „Der junge Mann“ des Herrn Stinnes sein. Viel wichtiger für die deutsche Wirtschaft ist, daß ihn die Bergleute verstehen und in ihm den Mann ihres Vertrauens sehen, dem sie glauben können, wenn er versichert, daß es ohne ihr Opfer nicht geht.

Und es geht nicht ohne Verstärkung der Kohlenförderung. Wenn wir zurzeit monatlich zirka 700 000 Tonnen englischer Kohle einführen müssen, die uns jährlich etwa 12 bis 14 Milliarden Mark kosten und die Kaufkraft des Lohnes und Gehaltes weiter so unterminieren, daß keine Lohnerhöhung ein Ausgleich sein kann, so genügt das allein schon, um den wirtschaftspolitisch geschulten Bergarbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß die Forderung nach einem zeitlich auf die Monate der Verkehrsentspannung begrenzten Uberschichtenabkommen keinem unehrlichen Hintergedanken entspringt. Ueber das „wie“ und die notwendigen Vorbedingungen und Sicherungen wird man reden können und müssen. Soviel aber darf heute schon gesagt werden, daß man den Bergleuten nicht Mangel an gutem Willen wird vorwerfen dürfen. Jedenfalls darf das neue Abkommen nicht die Form der früheren Uberschichten (zwei halbe Uberschichten wöchentlich an die normale Schicht angehängt) tragen, weil wir uns den Luxus einer Kohlenpreiserhöhung nicht mehr leisten können, da wir den Weltmarktpreis (einschließlich der Kohlensteuer) erreicht haben. Wir müssen selbst die notwendige Lohnerhöhung, die die Anpassung an die Lohnhöhe der übrigen Industriezweige bringen muß, wenn nicht zehntausende wertvollster Arbeitskräfte aus dem Bergbau abfluten sollen, durch eine rationellere Verteilung der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit zu gewinnen suchen. Es gibt Wege, die Bergleute zufrieden zu stellen und die Gesundheit des Volkes dabei gewinnen zu lassen. Ueber diese Wege wird zwischen den Beteiligten und der Reichsregierung zur Stunde in Berlin verhandelt. Das letzte Wort in der Sache wird in einer großen Vertrauensmännerversammlung der Bergarbeiterverbände im Ruhrrevier anfangs nächster Woche gesprochen, an der sowohl der Reichsarbeitsminister wie der Reichswirtschaftsminister teilnehmen werden.

## Aus unserem Beruf.

Berlin. (Schilddermaler-Branche.) Es ist notwendig, über die Vorgänge zu dem neuen Lohnabkommen, das am 24. Mai von den Parteien unterzeichnet worden ist, eingehende Ausführungen zu machen, um die Schwierigkeiten zu zeigen, mit denen die Berliner Kollegenschaft zu kämpfen hat.

Vorwegzuschiden ist, daß die Konjunktur in den Wintermonaten bis hinein in den April sehr daniederlag und die infolgedessen anhaltende große Arbeitslosigkeit mit Veranlassung dazu war, daß die Branchenleitung davon absehen mußte, bei Lohnverhandlungen schärfere Seiten aufzuziehen und demzufolge mitunter Lohnsätzen zustimmte, die miserabel zu nennen waren.

Bei Ablauf des Lohnabkommens am 15. April (15. Mai Stundenlohn) errechnete die Branchenleitung, die zugleich Tarifkommission ist, unter Berücksichtigung der Arbeitslosenziffer, den Lohnsatz von 19,50 M., der dem Verein Berliner Schildderfabrikanten mitgeteilt wurde mit dem gleichzeitigen Angebot, in der Lohnfrage baldmöglichst zu verhandeln (wir meinen natürlich: abschließen, nicht: handeln!). Am 28. April endlich trafen sich die Parteien. Man bot uns 17,50 M. bis 15. Mai mit der Begründung, daß die uns gleichwertige Arbeiterkategorie der Schildderannmacher sich zu diesen Sätzen einige Tage zuvor verpflichtet hätte, und daß man, um den Frieden in den Betrieben aufrechtzuerhalten, nicht mehr davon Abstand nehmen würde, allen im Betriebe be-

schäftigten dieselben Löhne zu zahlen. Bei der darauffin stattfindenden Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß vertrat die Unternehmerkommission denselben Standpunkt mit der Erweiterung, daß die Schildermaler schon dadurch den Annachern gegenüber im Lohn bessergestellt seien, indem sie bei Außenarbeiten ja ohnehin einen Zuschlag von 15 Proz. und bei Tiebelarbeiten einen solchen von 25 Proz. erhielten. Der Schlichtungsausschuß hat scheinbar unter diesen Gesichtspunkten trotz unserer Abschwächung dahin entschieden, daß vom 15. bis 30. April 17,50 Mk., vom 1. bis 31. Mai 19,50 Mk. pro Stunde zu zahlen seien. Die Unternehmer befielen sich vor, der Form wegen, ihren Mitgliedern den Spruch vorzulegen, beeihten sich aber, sofort im nächsten Lokal den Schiedsspruch zu verwerfen und folgendes Diktat zu fabrizieren, das uns am 29. April, vormittags, mit der Post zuging: (ungefähr) „Wir können unseren Mitgliedern keinesfalls empfehlen, den Spruch anzunehmen, da die wirtschaftliche Lage der Branche es nicht gestattet. Wir wollen Ihnen aber, um den Frieden in den Betrieben aufrechtzuerhalten, ab 15. bis 30. April 17,50 Mk., ab 1. bis 31. Mai 18,50 Mk. pro Stunde zahlen. Bestätigung der Annahme bis 10. Mai.“ Eine Antwort erteilten wir auf dieses Schreiben nicht. Die Kollegen beschloßen in der darauffolgenden Versammlung, den Schiedsspruch anzunehmen und über das schändliche Angebot der Unternehmer zur Tagesordnung überzugehen. Einige Tage hierauf erschien in allen Betrieben der Mitglieder des VBS ein Anschlag, der einen Angriff gegen die Branchenleitung bedeutete, gepiakt mit Unwahrheiten und Widersprüchen den Kollegen nochmals nahelegte, daß die Branche in die Brüche gehen würde, wenn berart hohe Löhne gezahlt werden müßten. Man las in dem Anschlag das vorgenannte Angebot, dessen Sätze mit nochmaligem Hinweis auf die Aufrechterhaltung des Friedens in den Betrieben am nächsten Lohntage (12. Mai) zur Aus- bzw. Nachzahlung gelangen sollten. Die Herren haben in diesem Punkte getan, was sie im Anschlag versprochen hatten. Der ganze Zweck des Anschlags liegt klar auf der Hand: Aufreizung gegen die Branchenleitung. Die Herren haben sich verrechnet.

In dem Anschläge in den Betrieben war angedroht, daß über den Manteltarif nicht früher verhandelt würde, bis das Diktat von unserer Tariffkommission anerkannt sei. Trotzdem wir uns hierzu nicht bequemten, ist von dem Sekretär des VBS als Verhandlungstag über den Manteltarif der 18. Mai festgesetzt worden. Dieser noch nicht abgeschlossene Manteltarif, der schon vom 1. Januar 1922 Gültigkeit haben sollte, ist unser Sorgenkind. Endlich sollte auch er nun unter Dach und Fach gebracht werden. Nun trat aber nach dieser Vereinbarung des Verhandlungstages die Kollegenschaft am 15. Mai zusammen und nahm, da wir infolge Ablehnung des Schiedsspruches durch den VBS an keine Abmachungen gebunden waren, einen Antrag an, der die ultimative Forderung vom 25 Mk. pro Stunde vom 16. Mai bis 15. Juni und Bescheid vom VBS bis Freitag, den 19. Mai, verlangte, anderenfalls am 20. Mai der Streik beginnen sollte. Dieses Ultimatum fuhr den Herren ganz gehörig in die Glieder. Die Konjunktur hatte sich plötzlich gebessert, Arbeitslose waren schon seit Wochen nicht mehr zu verzeichnen. Die Unternehmer fühlten sich nach der Ruhe im Geschäftsgang durch den Streik in ihrer Verdienstmöglichkeit beschränkt. In diesem Zeichen trafen sich die beiderseitigen Kommissionen am 18. Mai, um wiederum unter vorläufiger Zurückstellung der Manteltariffrage über unsere Forderung zu verhandeln. Von unserer Kommission wurde der ultimative Charakter unserer Forderung betont, an der nichts abgehandelt werden könne. Man bot uns wiederum die Sätze des vor wenigen Tagen abgeschlossenen Abkommens mit den Schilderannachern: in drei Etappen vom 15. Mai bis Ende Juni 21,50 Mk., 23,50 Mk. und 25,50 Mk. Diesen Vorschlag lehnten wir als völlig undiskutabel ab. Nun machte man uns, um den Streik zu vermeiden, einen weitgehenderen Vorschlag, den wir unseren Kollegen trotz des ultimativen Charakters unserer Forderung zur Annahme empfehlen konnten: ab 15. bis Ende Mai 23 Mk., ab 1. bis 15. Juni 25 Mk. pro Stunde. Die Verhandlungen über den Manteltarif wurden auf den 24. Mai festgesetzt. Ergebnis wird in der „Ameise“ berichtet. Die Kollegen nahmen das Angebot an. Der Streik, zu dem die Sanktion des Hauptvorstandes bereits vorlag, brauchte nicht in Anwendung zu kommen.

Wer die einzelnen Zeitperioden in diesem Bericht genau verfolgt hat, wird festgestellt haben, daß die Unternehmer mit Unterzeichnung des Abkommens (24. Mai) moralisch geschlagen sind. Weitere Einzelheiten hierüber dürfen wir uns sparen.

**Berliner Kollegen!** An Euch ergeht heute unsere Mahnung: Steht weiter treu zu Eurer Branchenleitung, besser noch wie bisher, opfert gern die wenigen Stunden für den Versammlungsbesuch, damit wir in aller Zukunft stark sind durch unsere Einigkeit. Wir hoffen so manchen schönen Abend für besondere Sitzungen, für Verhandlungen mit den Unternehmern usw. Und alles nicht allein

für uns, in der Hauptsache für Euch. Nochmals: Haltet weiter treu zu uns, auf daß Euch nicht einst der Vorwurf treffe, daß Ihr nur die Früchte einheimstet und nichts dazu tut.

Die Branchenleitung.

**Berlin-Charlottenburg.** (Schildermaler.) Die Differenzen bei der Firma Anton Weißmann sind nunmehr beigelegt.

Die Branchenleitung

**Kahla.** Daß gerade die Porzellanindustrie mit wenig Ausnahmen in der Nachkriegszeit zu den Industrien gehörte, die die Nachwirkungen des Krieges mit am besten überstanden haben, ist schon längst bekannt. Die Vorbedingungen hierzu waren: Vorhandensein von Rohstoffen und Bedarf an Erzeugnissen, also Absatzmöglichkeit für die Produkte. Da diese Vorbedingungen vorhanden waren, hatte die Porzellanindustrie mindestens mittlere Konjunktur, die sich augenblicklich zur Hochkonjunktur entwickelt hat. In Kahla kommt das dadurch zum Ausdruck, daß die A.-G. Kahla die Abteilung „Obere Fabrik“ wieder in Betrieb gesetzt hat, die schon Jahre vor dem Kriege stillgelegt worden war. Wahrscheinlich werden dadurch beim nächsten Geschäftsbericht bzw. in der beschließenden Aufsichtsratsitzung weniger Dividende vorgeschlagen werden, was uns im Interesse der armen Aktionäre leid tun würde. Daß gute Konjunktur vorhanden ist, kommt weiter zum Ausdruck durch bedeutende Um- und Neubauten. So ist die sogenannte „Alte Lehmannsche Fabrik“ der Einreißkolonne zum Opfer gefallen. An ihre Stelle soll ein der Neuzeit entsprechendes Verwaltungsgebäude errichtet werden. So stürzt das Alte und so ändern sich die Zeiten! Wenn das die Gründer dieser Fabrik, die drei Dreherkollegen waren, wüßten! Ferner wird die frühere Pianofortefabrik von Voigt & Schulze zu einer modernen Schlosserei umgebaut und der Ristentischlerei, die darin untergebracht war, wird ein anderes Domizil hergerichtet. Zu diesen Erweiterungen bzw. Verbesserungen in Kahla geht das Gerücht, daß die A.-G. Kahla ein umfangreiches Gelände in Schwarzka käuflich erworben habe. Zu welchem Zwecke, ist noch nicht bekannt. So wächst, blüht und gedeiht ein kapitalistisches Unternehmen vom Schweiß der Arbeiter, und kommende Geschlechter rühmen und preisen die Tüchtigkeit der Direktoren usw., während der Arbeiter, die Werte mit-schufen, in den seltensten Fällen gedacht wird.

**Köln.** (Schildermaler-Branche.) Am 4. März 1922 fand auf Betreiben des 2. Vorsitzenden des Verbandes der Schilderfabrikanten Deutschlands, E. B. (Geschäftsstelle: Berlin W. 57), Herrn Wilh. Borgmann, Düsseldorf, Bezirksleiter der rheinisch-westfälischen Gruppe, eine Zusammenkunft der rheinisch-westfälischen Schilderfabrikanten in Köln statt. Referent war der 1. Vorsitzende der Schilderfabrikanten des obigen Verbandes, Herr Max Barstendorff, Berlin. Als den hiesigen Arbeitnehmern diese Zusammenkunft, deren Ziele und Beschlüsse bekannt wurden, wurde seitens derselben eine Kampfstellung eingenommen, indem ein Anschluß an den Verband der Porzellanarbeiter der hiesigen Zahlstelle durchgeführt und mit den Düsseldorfer Kollegen engere Fühlung genommen wurde. Am 30. April 1922 fand in Düsseldorf eine weitere Zusammenkunft von Delegierten der Kollegen folgender Städte statt: Köln, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Arefeld und mit den anschließenden Städten vom Niederrhein. Nach lebhafter Aussprache und Berichterstattung über Lohn- und Arbeitsfragen u. dgl. waren alle Anwesenden dahin einig, daß ein engerer Zusammenschluß unbedingt durchgeführt werden muß, und so wurde die geplante Interessengemeinschaft der Schildermaler von Rheinland und Westfalen begründet, die über das ganze Reich ausgedehnt werden soll. Zweck derselben: 1. Regelung aller Berufs- und Arbeitsfragen. 2. Ein- und Durchführung gleicher Arbeits- und Lohnbedingungen im ganzen Bezirk. 3. Geschlossenes Vorgehen gegen alle Maßnahmen der Arbeitgeber, soweit dieselben eine Schädigung der Arbeiterinteressen bezwecken.

Im Interesse der Gesamtheit halten wir es für unsere Pflicht, über die Notwendigkeit eines weiteren Zusammenschlusses aufklärend zu wirken, indem wir auszugsweise einiges aus den eigenen Berichten der Arbeitgeber wiedergeben. Gleichzeitig bitten wir alle Kollegen im Reich, unsere Sache, die auch die ihre ist, durch Mitteilungen über Lohnbewegungen, Arbeitsfragen, Streiks usw. zu unterstützen. Diesbezügliche Zuschriften sind zu richten an Viktor Schloffer, Köln, Mathiasstr. 26.

Auszugsweiser Bericht über Ziele und Zwecke des Verbandes der Schilderfabrikanten Deutschlands, E. B. Durch Vortrag des Herrn M. Borstendorff, Berlin, gehalten zu Köln am 4. März 1922:

— — — und vor allem aber ist der Zusammenschluß ein unbedingtes Erfordernis, um ein Bollwerk zu schaffen gegen die unberechenbaren Forderungen der Arbeitnehmer, um weiter zu verhindern, daß von den Arbeitnehmern die Arbeitgeber in der Lohnfrage gegeneinander ausgespielt werden.“ —

Die Vorteile auseinander setzend, die durch die Mitgliedschaft gegeben sind, fährt der Redner fort:

— und bei einem festen Zusammenschluß sei es dann nicht mehr möglich, daß die Arbeitnehmer die Löhne diktieren (!), sondern daß die Arbeitgeber durch ihre Geschlossenheit auch ein Wörtchen mitzusprechen haben, vor allem aber die Möglichkeit, sich bei Ausbruch eines Streiks durch gegenseitige Verpflichtung, streikende Arbeiter nicht einzustellen, zu schützen." Nach dieser Richtung wird über eine erfolgreiche Tätigkeit trotz des kurzen Bestehens des Verbandes berichtet. (Berlin.)

— und wieder habe der Verband bei Streiks insofern nutzbringend eintreten können, als er die Sperre der streikenden Arbeiter über das gesamte Verbandsgebiet veranlaßte, und damit den Arbeitnehmern die Möglichkeit des Erhalts einer neuen Stellung nahm. Auf diese Weise wurde in vielen Fällen die Arbeitnehmer gezwungen, sich auf Verhandlungen einzulassen und einen Abschluß herbeizuführen, der auch den Interessen der Arbeitgeber einigermaßen entsprach." Dann gibt Herr B. die Vorteile bekannt, die durch Abschluß einer Streikversicherung ( 2 Mk. für 1000 Mk. Lohnsumme) sich ergeben und fährt fort:

"Die Erfahrungen des Vereins der Berliner Schilderfabrikanten haben gezeigt, daß die Versicherung äußerst „segensreich“ wirkt. Die Mitglieder dieses Vereins haben in den letzten Jahren das Vielfache des Betrages als Streikunterstützung zurückerhalten."

Weiter hebt Hr. B. die Bestrebungen des Verbandes hervor, der Branche einen brauchbaren Nachwuchs an Facharbeitern zu sichern. Dieser Frage müsse von allen Arbeitgebern große Beachtung geschenkt werden, damit einmal tüchtige Arbeitskräfte herangebildet (Bravo!) und weiter der Mangel an solchen gehoben wird, wodurch weiter vor allem der Druck der Gehilfen auf die Arbeitgeber wesentlich geschwächt wird.

Und zum Schluß belehrt uns Herr B., daß nicht unsere Interessen, wie: Preisgestaltung, Konkurrenzunwesen usw. die der Arbeitgeber sind, sondern diese sind nach Möglichkeit nicht in das Tätigkeitsgebiet des Verbandes hinein zu ziehen, da hierdurch Unstimmigkeiten hervorgerufen würden, und der Hauptzweck des Verbandes, ein Bollwerk gegen die unberechtigten Forderungen der Arbeitnehmer zu sein, dadurch vereitelt würde.

Zehn hiesige Firmen erklärten ihren Beitritt zum Verband. Ein weiterer Kommentar hierzu ist überflüssig.

Viktor Schlosser, 1. Vors. der Interessengemeinschaft der Schildermaler (Geh.) v. Rhld. u. Westf.

**Röppelsdorf.** Der Deutsche Arbeiterbund, angeschlossen dem National-Verband deutscher Gewerkschaften, Sitz Berlin, betreibt unter den Porzellanarbeitern des hiesigen Bezirkes eine Agitation, die einer besseren Sache wert wäre. Mit Aufrufen, Werbeschriften und mit der Wochenschrift „Deutsche Arbeiterzeitung“ werden die Arbeiter und Arbeiterinnen bedacht. Da scheint kein Papiermangel zu herrschen, auch Geld scheint in Fülle da zu sein, um diese Schriften gratis verteilen zu können. Der Zweck der Sache ist Mitgliederfang. Man möchte die Porzellanarbeiter aus ihrer Gewerkschaft herausreißen und in die Arme dieses deutschnationalen Verbandes führen. Es wird dort mit niedrigen Beiträgen gelodert und Unterstützungen werden versprochen, die den heutigen Verhältnissen gegenüber einfach lächerlich sind. Es wird viel von Zwang, Gewalt und Terror in den freien Gewerkschaften gefabelt, und nur die wirkliche Freiheit denen versprochen, die zu dem Nationalen Verband übertreten. Die Porzellanarbeiter sind restlos Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes und fühlen sich in ihrer Gewerkschaft durchaus nicht terrorisiert und wissen auch, daß der Deutsche Arbeiterbund ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse gar nicht verbessern will und kann. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollen nur zu willigen Schäfchen des Unternehmertums erzogen werden. Da man die Adressen der Porzellanarbeiter so genau kennt, muß man annehmen, daß das organisierte Unternehmertum hier seine Hand im Spiele hat.

Porzellanarbeiter, laßt Euch nicht irreführen, haltet zu Eurer Organisation.

**Roschitz.** Der Kollege Schödel konnte am 1. Juni auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Er hat es in dieser Zeit auch in bösen Tagen für sich selbstverständlich gefunden, dem Verbandsrat die Arbeit zu verrichten. Wir erbotien dem Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche. Möge es Kollegen Schödel vergönnt sein, noch viele Jahre den jüngeren Mitgliedern als Vorbild zu dienen.

**Die Zahlstellenverwaltung.**

(Wir wünschen uns den Glückwünschen an. Die Red.)

Zur Frage „Gründung einer Pensionskasse“ schreibt Gen. St. ... in München einen Antrag auf Gründung einer Pensionskasse mit dem Hinweis abgelehnt habe, unser Verband solle nicht zu einer Pensions-, sondern zu einer Kampforganisation ausgebaut werden. Dieser Standpunkt sei nicht zu verstehen, denn auch trotz einer Pensionskasse könnte unser Verband und auch die anderen Gewerkschaften stets in der erforderlichen Kampfbereitschaft sein.

## Gewerkschaftliches.

**25 Jahre freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung.** Der Zentralverband der Angestellten, die führende Gewerkschaft in der modernen Angestelltenbewegung, begeht am 7. Juni sein 25jähriges Jubiläum.

Aus kleinen Anfängen heraus, ist er durch intensive Arbeit für die Handlungsgehilfen zu dem geworden, was er heute ist. Der Boden, den die Angestelltengewerkschaft zu beackern hatte, war noch schwerer als der, den die Arbeiterbewegung zu bezwingen hatte. Die Zeiten haben sich geändert und heute, nach 25 Jahren können wir mit Stolz auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Gewerkschaftlich ist die freie Angestelltenbewegung und ist zu einem achtunggebietenden Faktor in der modernen Arbeiterbewegung geworden.

Die Arbeiter- und Angestelltenbewegung haben in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen, daß sie sehr oft gemeinsame Interessen zu vertreten haben. Durch geeinte Kraft ist es gelungen, für beide Kategorien auf dem Gebiete der Sozialpolitik und in Lohn- und Tariftämpfen das möglichste herauszuholen. Möge das innige Band, das zwischen den Hand- und Kopparbeitern besteht, weiter gefestigt werden. Der Zentralverband der Angestellten ist die alleinige Organisation, die die Interessen der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten voll und ganz vertritt und die nicht durch Rücksichtnahme auf Arbeitgebermitglieder geleitet wird.

Wir wünschen der freien Angestelltenbewegung, besonders dem Zentralverband der Angestellten, für die Zukunft ein weiteres Blühen und Gedeihen zu Ruh und Frommen der ganzen Arbeitnehmerklasse.

## Versammlungsberichte.

**Freital-Roschitz.** Im „Hirsch“ fand am 9. Mai eine schwach besuchte Zahlstellenversammlung statt. In ehrender Weise gedachte man der verstorbenen Kollegen Aug. Welzel und Johann Schneider, welchen durch ihre Tätigkeit im Verband bei allen Mitgliedern ein bleibendes Andenken gesichert ist. Den Bericht des Arbeiterrats über die Verhandlungen mit der Fabrikleitung, betreffend Lohnstreitigkeiten in der Malerei und Gewährung von Leistungszuschlägen für Zeittlöhne, bei welchen auch der Gauleiter, Kollege Griesbach, zugezogen war, ergab eine, wenn auch nicht befriedigende, so doch vorläufig friedliche Regelung. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde einstimmig Zahlstellenkassierer Kollege Richard Ludwig vorgeschlagen. Der vom Kassierer vorgetragene Rechnungsabluß des 1. Quartals ist durch die Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Zurzeit weist unsere Zahlstelle einen Bestand von 176 Mitgliedern auf. Die außerstatutarische Verrechnung von Sterbeunterstützung an die Angehörigen der im Betrieb beschäftigten Gewerkschaften soll als Ueberleistung der Krankenkasse betrachtet und ein entsprechender Nachtrag dem Krankenkassenstatut angefügt werden. Differenzen, betreffend Ferien, sollen vom Arbeiterrat mit der Firma zu regeln versucht werden. Nach Regelung einiger rein örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Emmerich a. Rhein.** Am 4. Mai hielt unsere neugegründete Zahlstelle ihre erste Zahlstellenversammlung ab, zu der auch unser Gauleiter G. Zahn, der zwecks Lohnverhandlungen nach hier gekommen war, mit anwesend war. Als 1. Punkt stand die Lohnverhandlung, die am Nachmittag gepflogen war, auf der Tagesordnung. Unser Gauleiter Zahn, der mit dem Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle, Kollegen Convent, die Verhandlungen gepflogen hatte, erstattete hierüber eingehend Bericht. Nach Schluß seiner Ausführungen konnten die Kollegen feststellen, daß die möglichsten Verbesserungen herausgeholt worden sind, wofür die Kollegen dem Gauleiter ihren Dank abstatteten. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, treu und fest zusammenzuhalten; dann wird auch unser Verband ein maßgebender Faktor im Betrieb sein, mit dem die Firma jederzeit zu rechnen hat. Nur in Folge der festen Geschlossenheit der Kollegen und dem geschickten Eingreifen des Gauleiters ist es möglich gewesen, diese 40prozentige Lohnerhöhung zu erreichen. — Der 1. Mai wurde durch völlige Arbeitsruhe gefeiert.

**Frauenthal.** In der gutbesuchten Zahlstellenversammlung am 6. Mai wurde zunächst des verstorbenen Gen. Schneider in ehrender Weise gedacht. Bei der Diskussion über das Münchener Lohnabkommen kam die Unzufriedenheit der Mitglieder zum Ausdruck, und in einer angenommenen Resolution wurde eine mehr der Forderung entsprechende Lohnerhöhung unter besonderer Berücksichtigung der sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt. Auch sollen die Lohnabkommen übersichtlicher gestaltet werden. Eine rege Beteiligung an der Aussprache war beim Punkt „Generalversammlung“ zu verzeichnen. Man konnte daraus ersehen, daß unser Statut einer gründlichen Remedur bedarf. Alle Anwesenden waren der Ansicht, daß die von den Zahlstellen Rudolstadt, Wittenberg und Waidenburg und Umg. veröffentlichten Anträge und Abänderungen unterstützt werden sollen. Einem kurzen Rückblick widmete man der Maifeier; war auch die Beteiligung einigermaßen zufriedenstellend, so fehlte doch noch so mancher von den Kollegen und manche Kollegin im Zuge.

**Rahla.** In der am Mittwoch, den 17. Mai 1922, stattgefundenen Zahlstellenversammlung standen in der Hauptsache Anträge zur Generalversammlung auf der Tagesordnung. Vor Eintritt in dieselbe ehrte die Versammlung das Andenken der beiden verstorbenen Kollegen Ernst Geißfuß und Mathias Krystik durch Erheben von den Siben. Die in Nr. 20 der „Ameise“ veröffentlichten Anträge des Verbandesvorstandes kommen zum Vortrag und werden einer Besprechung unterzogen. Zu den Anträgen, die nur redaktionelle Änderungen des Statuts bezwecken, wird eine Aussprache nicht gepflogen. Bezüglich der Beitragserhöhung bzw. Unterstützungsänderung bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß beides eine Notwendigkeit ist und über-

läßt sie es der Generalversammlung, das Richtige zu finden; jedenfalls wird die Generalversammlung bei ihren Beschlüssen Rücksicht nehmen müssen auf die Beschlüsse, die der 11. Gewerkschaftskongress faßt. Und diesem liegen eine große Anzahl Anträge über Einführung einheitlicher Beitrags- und Unterstützungssätze in den deutschen Gewerkschaften vor. Mit dem Antrage, die Verbandsleitung zu erweitern durch einen Beirat, wie ihn eine ganze Reihe anderer Gewerkschaften schon haben, erklärt sich die Versammlung einverstanden. Zur Frage der Verrückung bzw. Bezahlung der gesetzlichen Feiertage an Werktagen wiederholt Stellung nehmend, wird den Delegierten aufgegeben, nichts zu unterlassen auf der Generalversammlung, was geeignet ist, um in dieser Frage vorwärts zu bringen. Sodann unterzieht der Geschäftsführer die in Nr. 18 der „Ameise“ veröffentlichte Allgemeinverbindlichkeitsklärung zum Tarif einer Kritik und er bedauert lebhaft, daß eine ganze Reihe wichtiger Bestimmungen im Tarif von der Verbindlichkeit ausgeschlossen worden sind. Auf die wenig rühmliche Tatsache, daß Gewerkschaftsmitglieder noch immer anderen als ausgesprochenen Arbeitervereinen aller Art angehören, wird wiederholt hingewiesen und denen, die es angeht, mehr Selbstachtung empfohlen. Der Jahresbericht der Tuberkulosefürsorgestelle in Kahla wird einer Besprechung unterzogen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß alle Kräfte bei der Bekämpfung der unheimlich umschleichenden Volksseuche Tuberkulose mithelfen müssen. Daß das infolge hochgradiger Unterernährung während des Völkermordens bis zum tiefsten Tiefstand degenerierte Volk in erhöhtem Maße empfänglich ist für den Tuberkelbazillus, mußte allen klar sein, und alle mühten um die Bekämpfung wetteifern. Die beste Bekämpfung wäre aber eine gründliche Prophylaxe. Nach dieser Richtung hin sieht es aber außerordentlich trübe aus. Es kann von Vorbeugung nicht die Rede sein, wenn Schieber- und Wuchertum Orgien feiern, wenn die noch nie in solchem Maße vorhanden gewesene Geldgier bei den Land- und Hausagariern weiter die vornehmste Tugend bleibt. Genügend Nahrung zu erschwinglichen Preisen und gesunde Wohnungen sind die Vorbedingungen bei der Bekämpfung der Tuberkulose. Aber denen, die es angeht, geht ihre Person über das Allgemeinwohl; der frasse Egoismus läßt ihnen die Gefahr, in der das deutsche Volk nach gesundheitlicher Richtung hin schwebt, gar nicht zum Bewußtsein kommen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß der Ortsausschuß des ADW Kahla nach Kräften bei der Bekämpfung des Wuchers usw. mitwirkt und dadurch an der Bekämpfung der Volksseuche Tuberkulose, was von den Kollegen, die als Vertreter der Porzellanarbeiter im Ortsausschuß sitzen, als selbstverständlich bezeichnet wird.

**Bassau.** Unsere Zahlstellenversammlung vom 30. April war stark besucht. Es zeigt dies, daß die Arbeiterschaft doch nach und nach zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Verband nur das einzige Organ ist, welches ihr Schutz bietet. Den Kernpunkt der Tagesordnung bildeten Betriebsangelegenheiten. Es wurde allgemein Klage geführt, daß in verschiedenen Räumen das ganze Jahr nicht einmal gecheuert wird, sondern in größter Eile nur die größten Drehhausen mit dem Besen zusammengefegt werden, während der feine Staub, welcher gerade auf die Atmungsorgane wie vergiftend einwirkt, in Form von Staubwolken zurückbleibt und auf die Arbeitsplätze und Regale niederfällt, somit das ganze Fahren für die Rahe ist. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß dies viel schuld daran trägt, daß wir soviel Lungenkranke im Betriebe haben. Des weiteren wurde scharfe Kritik geübt über die Lohnschinderei sowie über das Einstellungsverfahren. Es geschieht nämlich mit Vorliebe, fremde Leute einzustellen, speziell vom benachbarten Oesterreich (Wauerhöfner), während unsere jungen Leute, nachdem man sie die ganze Lehrzeit hindurch in der Weise ausgebeutet hat, daß man ihnen nur die Hälfte der Akkordpreise zahlte, wenn sie dann ausgelernt haben, entweder auf die Straße setzt oder im günstigsten Falle zu Tagelöhnerdiensten begnadigt werden. Hat aber so ein Ausgelernter das Glück, wieder eingestellt zu werden, so wird er erst probeweise im Brennhau aufgenommen, während andere, die nichts gelernt haben, wie vollwertige Fachleute angesehen bzw. aufgenommen werden. Vorsitzender Pfleger wies nun darauf hin, daß an diesen Missetänden die Arbeiter selbst schuld sind; von Kollegialität und Solidarität merkt man viel zu wenig. Bei der Aussprache über den Bericht des Betriebsrats wurde anerkannt, daß dieser bemüht ist, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Es kam zum Ausdruck, daß die Mitglieder geschlossen hinter dem Betriebsrat stehen. Kollege Pfleger erinnerte daran, daß am 26. Mai unser Zahlstellenkassierer, Kollege August Schaller, 35 Jahre Verbandsmitglied ist. Die Zahlstelle will diesen Tag festlich begehen.

**Bordamm.** Von der gutbesuchten Zahlstellenversammlung am 6. Mai wurde unserem entschlafenen Genossen Schneider die übliche Ehrung zuteil. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Münchener Lohnabkommen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Lohnaufbesserungen ungenügend sind. Bei kommenden Abschlüssen müssen die Lohnsätze der Lohnarbeiter mehr als die der Akkordarbeiter gehoben werden. In einer einstimmig gefaßten Resolution kam zum Ausdruck, daß, wenn freie Verhandlungen nicht zum Abschluß eines Abkommens führen, die Anwendung der schärfsten Mittel einem Schiedsspruch vorzuziehen sei.

**Quittung.**

Für unser krankes und inzwischen verschiedenes Mitglied Paul Rottwich gingen folgende Beträge ein: Arzberg 25,—; Annaburg 20,—; Ruma 25,—; Althalbenleben 25,—; Berlin 30,—; Bassau 10,—; Breslau 20,—; Elmshorn 50,—; Bordamm 10,—; Bohenstrauß 15,—; Oberkospau 15,—; Unterlöbich 10,—; Walbershof 15,—; Waldburg 20,—; Walbsassen 20,—; Windisch-Eschenbach 15,—; Teltow 40,—; Tiefenfurt 20,—; Wabendorf 20,—; Frauenstein 10,—; Roschütz 10,—; Kahla 25,—; Kahla 20,—; Königszell 50,—; Frummenau 10,—; Braureuth 25,—; Frankfurt a. d. O. 20,—; Plankenhammer 15,—; Kölichappel 20,—; Bassau 10,—; Wittenberg 50,—; Lettin 10,—; Rannheim 10,—; Meuselwitz 20,—; Magdeburg 15,—; Marktrebisch 20,—; Markt-Itzen 20,—; Coburg 25,—; Hennigsdorf 30,—; Ludwigsburg 25,—; Schauberg 20,—; Schweidnitz 15,—; Schirnding 25,—; Selb 100,—; Schney 10,—; Schönwald 20,—; Sorau 10,—; Hausen

20,—; Gräfenthal 20,—; Grünstadt-Neuleiningen 20,—; Goldlauter 20,—; Gerabstetten 20,—; Elsterwerda 20,—; Zahlstelle der Holzarbeiter Hermisdorf 50,—; Zahlstelle der Holzarbeiter Reichenbach 20,— Mt. Summa: 1225,— Mt.  
Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern herzlichsten Dank. Im Auftrage der Zahlstelle Stanowitz. Rich. Thamm, Kassierer.

**Versammlungs-Anzeige.**

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung am Mittwoch, den 21. Juni, abends 7 Uhr, in der Staatl. Porzellan-Manufaktur, Wegelstraße, Station Bahnhof Tiergarten.  
Hohenberg. Am Samstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Egerthal“. Arbeitersekretär Feidler anwesend.

**Adressen-Änderungen.**

**Hochstadt.** Revisor: Paul Grünbeck, Marttzeuln Nr. 81.  
**Ramspringe.** Vorsitzender: Hermann Harbroth; Schriftführer: August Mädege, Harpistr. 84; Kassierer: Otto Marharens; Revisoren: Heinrich Schmelze und Friedrich Göbel.  
**Tiefenfurt.** Schriftführer: Gustav Rutter, Schmelzer.  
**Waldburg.** Die bisherigen Zahlstellen Königszell, Stanowitz, Schweidnitz, Sophienau, Waldburg und Umgegend haben ihre Selbstständigkeit aufgegeben und sich in einer gemeinsamen großen Zahlstelle bereint, die bis auf weiteres den Namen „Waldburg und Umgegend“ erhält.  
Alle Zuschriften für die angeschlossenen Orte und Betriebe sind an die Adresse des Genossen Martin Hirsch, Waldburg i. Schl., Hochwaldstr. 10, zu richten; außer Kassen-, Beitrags- und Unterstützungsangelegenheiten, in denen man sich an Genossen Adolf Hillmer (gleiche Adresse) wenden wolle.  
Zuschriften, welche besondere betriebliche Verhältnisse betreffen, werden von der Geschäftsstelle der Zahlstelle event. weitergeleitet.  
**Weiden.** Geschäftsführer: Paul Herzer, Sonnenstr. 80. Telefon Nr. 208.

**Sterbetafel.**

**Arzberg.** Johann Stelzner, Dreher, geboren am 12. September 1882, gestorben am 26. Mai an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1910.  
— Heinrich Stöhr, Maler, geboren am 27. August 1899, gestorben am 28. Mai an einer Bruchoperation. Mitglied seit 1918.  
**Simenau.** Ernestine Werner, Sieberin, geboren am 12. Juli 1868 in Goldlauter, gestorben am 17. Mai an Lungenentzündung. Mitglied seit 1920.  
**Kahla.** Ernst Geilfuß, Maffemüller, geboren am 10. September 1853 in Zeutsch, gestorben am 10. Mai an Grippe. Mitglied seit 1919.  
— Mathias Rrysiä, Hofarbeiter, geboren am 24. Februar 1861 in Tzebin, gestorben am 13. Mai durch Selbstmord. Mitglied seit 1919.  
**Kahla.** Franz Buda, Dreher, geboren am 26. Dezember 1895, gestorben am 30. Mai an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1913.  
**Köln.** Otto Mori, Polychromeur, geboren am 18. August 1872, gestorben am 28. Mai durch Unglücksfall. Mitglied seit 1905.  
**Königszell.** Oswald Breudler, geboren am 22. Juni 1869 in Stanowitz, gestorben am 15. Mai an einem Lungenleiden. Mitglied seit 1900.  
— Ida Eckert, geboren am 2. Oktober 1880 in Peterwitz, gestorben am 17. Mai an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.  
— Otto Stelzer, geboren am 7. November 1873 in Bedlitz, gestorben am 22. Mai an einem Lungenleiden. Mitglied seit 1919.  
**Röppelsdorf.** Richard Krödel, Musikschneider, geboren am 17. November 1889, gestorben am 9. Mai in Judenbach an Lungenentzündung. Mitglied seit 1906.  
**Aronach.** Joh. Brehm, Dreher, geboren am 19. Dezember 1881, gestorben am 19. Mai an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.  
**Simbach.** Albin Rühnlitz, Former, geboren am 24. Oktober 1853, gestorben am 5. Mai an Lungenbluten. Mitglied seit 1920.  
— Albert Wiegand, Former, geboren am 16. Oktober 1867, gestorben am 15. Mai an Herzschlag. Mitglied seit 1910.  
**Marktrebisch.** Karl Bsch, Mobelleinrichter, geboren am 14. Juni 1869 in Selb, gestorben am 11. Mai an einer Magenoperation. Mitglied seit 1919.  
**München.** Anna Reichstorn, Schleiferin, geboren am 6. Mai 1866 in Wolfelkofen, gestorben am 28. Mai an einem Nieren- und Blasenleiden. Mitglied seit 1918.  
**Selb.** Ella Walther, Berpuherin, geboren am 30. September 1905 in Aich, gestorben am 19. April an Lungen- und Rippenfellentzündung. Mitglied seit 1920.  
**Selb.** Johann Rüsspert, Hofarbeiter, geboren am 18. September 1890 in Silberbach, freiwillig aus dem Leben geschieden am 22. Mai. Organisiert seit 1919.  
**Stadtilm.** Melanie Simprecht, Arbeiterin, geboren am 8. September 1891 in Niederwillingen, gestorben am 14. Mai in Arnstadt an Blinddarm- und Bauchfellentzündung. Mitglied seit 1921.

Ehreichem Andenken!

## Quittung.

Gemäß der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 21 der Ameise, betreffs des zu leistenden Ertragebeitrages für die Metallarbeiter, sind bis einschl. 8. Juni nachstehende Beträge eingegangen von:

Purgau 160,—, Darmstadt 134,50, Dresden 10 000,—, Fraureuth 2023,—, Kitzingen a. B. 1257,—, Geringswalde 68,—, Goldlauter 351,—, Hausen 144,—, Hohenberg 1170,—, Kloster Weilsdorf 2520,—, Limbach 1380,—, Lützel 253,—, Ludwigsburg 490,50,—, Magdeburg 2372,—, Meuselbach 249,—, Meuselwitz 2267,—, Mühlhausen 252,—, Oberhofen 804,—, Oschatz 552,—, Preßig 500,—, Rauenstein 1462,—, Rehau 2283,—, Reichenbach 800,—, Rheinsberg 1185,—, Roschütz 865,—, Rosslau 1104,—, Sankt Georgen 141,—, Scheibe 765,—, Schlierbach 5539,—, Schweinitz 332,—, Selb 29 381,50, Selb-Blößberg 3161,—, Siedendorf 874,—, Unterweißbach 946,—, Walderhof 531,—, Wunsiedel 569,— Mt. In Summa 76 685 Mt. Wilt. Herden.

## Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

**Tüchtiger Gießer** für Gipsfiguren (kirchliche und weltliche Figuren) sofort gesucht. Angebote an **Heinrich Muthoffs Erben, Breslau II, Neue Taschenstr. 1b, Figurenfabrik.**

Wir haben **Graveurarbeiten** für reiche Stahlbrücken zu vergeben und ersuchen um Einreichung von Offerten mit Angabe der Preise.

**Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth (Neuß).**

Wir suchen einen flotten und an sauberes Arbeiten gewöhnten **Freihandunterglasmaler** für Blumen, welcher auch im Schablonieren perfekt ist. Offerten erbeten an die

**Tonwarenfabrik Schwandorf, Abt. Steingutfabrik, Schwarzenfeld.**

**Tüchtige Sims-, Eck- und Kachelformer** für dauernde Arbeit gesucht.

**Feinsteinwerk Heidelberg.**

**Thüringer Geschirrporzellanfabrik** sucht tüchtigen **Schmelzer** für Füllbringer Muffel. Derselbe muß in seinem Fach durchaus firm sein. Ledige bevorzugt. Angebote mit Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften unter „F. M.“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Für unsere Kunstabteilung suchen wir per sofort mehrere tüchtige **Blumenmaler**, sowie einige gewandte **Maler** zum Dekorieren von Plastiken.

**Porzellanfabrik Fraureuth, Wallendorf (S.-M.).**

**Junger, gelernter Formengießer**, welcher auch im Einrichten bewandert ist, sofort gesucht.

**Keramische Werke, G. m. b. H., Porzellanfabrik, Gainsdorf i. Sa.**

Einige tüchtige **Freihandmaler** für Unterglasur und ein **Unterglasurmaler**, der auch mit Spritzen umgehen kann, werden sofort eingestellt. **Hirschauer Steingutfabriken, G. & C. Carstens, Werk I, Hirschau (Oberpfalz).**

**Porzellanmaler,**

welche leistungsfähig in Gold-Farbbänder auf Hohl- und Obalgeschirren sind, sowie einen **Plattenstecher**, nur für Hotelgeschirr, welcher obige Arbeiten mit verrichten kann, für sofort gesucht. **Porzellanmalerei und -druckerei Joh. Schumacher, Altona a. d. Elbe, Gr. Mühlenstr. 76.**

**Lediger, zuverlässiger Brenner**, vollkommen bewandert im Einsetzen von Muffeln und Rundöfen, bei hohem Lohn gesucht. Bewerbungsschreiben unter „A. 11“ mit Angabe der frühesten Eintrittszeit und Lohnansprüche an die Geschäftsstelle der „Ameise“.

Einige ledige **Brennhausarbeiter**, sowie ein tüchtiger **Formengießer** gesucht. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ unter „A. 12“.

Vollkommen selbständig arbeitender, lediger **Oberdreher**, 36 Jahre alt, gut bewandert in der Geschirr- und elektrotechnischen Branche, sucht baldmöglichst Stellung. Angebote unter „F. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

**Porzellandreher** (verheiratet), aus der Geschirrbranche, mit jeder einschlägigen Arbeit der Dreherei, sowie Gießerei auf das Beste vertraut, sucht baldigst Stellung als Oberdreher, nimmt auch andere Vertrauensposten. Gebl. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ unter „A. 16“.

Wir suchen per sofort einen ledigen **Schleifer.**

**Porzellanfabrik, Brambach, Sa.**

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen erfahrenen, tüchtigen **Gießer** (ledig), für Kaufgegerne für dauernde Beschäftigung. **Porzellanfabrik J. S. Herzer & Co. Aktiengesellschaft, Rehau i. Bay.**

**Gewandte Formgießer**, welche in ersten Fabriken gearbeitet haben, werden zum sofortigen Eintritt gesucht.

**Porzellanfabrik J. Thomas, Markredwitz i. Bayern.**

**Gießer für Plattenmaler**, flott und tüchtig, wird sofort eingestellt.

**Haus Zippel, Glas- und Porzellanmalerei, München 31.**

Ein **Schriftmaler**, auf Apothekerstandgefäße gut eingearbeitet, zum sofortigen Eintritt gesucht.

Wegen Wohnungsmangel Unverheiratete bevorzugt.

**Gustav Dahl, Zinnen i. Thür., Schriftmalerei.**

**Gipsfigurenfabrikation!**

Per sofort gesucht: **Bücher, Figurenisten** bei höchstem Lohn. Reise wird vergütet. **Plastische Kunst, Rosenburg-Breslau, Köfchenstr. 84.**

**Isolatorenbrenner**, welcher auch einlegen kann, wird von uns gesucht. Derselben bietet sich Gelegenheit, bei Bewährung Vertrauensstellung zu erwerben. Unverheiratete wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Bewerbungen mit Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften an

**Niederachsenwerke, A.-G., Abt. Porzellanfabrik, Lamspringe (Hannover).**

**Fleißiger, gewissenhafter Gebrauchsgeschirrschleifer** zu baldigem Eintritt gesucht. — Wohnung kann gestellt werden.

**Carl Moritz, Porzellanfabrik, Taubenbach, Post Wallendorf (S.-M.).**

**Junger, gelernter Formengießer**, welcher auch im Einrichten bewandert ist, sofort gesucht.

**Keramische Werke, G. m. b. H., Porzellanfabrik Gainsdorf i. Sa.**

## Geschäfts-Anzeigen.

**Emil Böhme, Eisenberg, S.-M.**

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere und sämtliche goldhaltigen Sachen. — Neuestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Zahle z. B.: Für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, je nach Gehalt, bis 1,— Mt. p. Stück, für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, je nach Gehalt, bis 1,50 Mt. p. Stück, für Poliergoldasche, je nach Goldprozentgehalt, bis 100,— Mt. p. Gramm, für Glanzgoldasche, je nach Goldprozentgehalt, bis 85,— Mt. p. Gramm, für Glanzgold, Goldplatten, Schmiere usw. zum Einschmelzen die höchsten Tagespreise. — Prospekt wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

**Poliergoldasche 75,— Mt. à Gramm. — Glanzgoldasche 55,— Mt. à Gramm. — Ausgebr. Gold, Abfälle kauft zu den höchsten Tagespreisen**

**A. Geber, Goldarbeiter, Selb.**

**Kaufe ständig**

**Goldschmiere, goldhaltige Asche, Lappen usw.** zu höchsten Tagespreisen und sofortiger Kasse.

**Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Werbauer Str. 25.**

**Höret — leset — staunet**

über die hohen Preise, die ich für Goldschmiere, -Asche, -Lappen und -Flaschen zahle. Z. B. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle Sendungen werden sofort erledigt.

**Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.**

**Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Winkel** kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen

**Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.**

# CHRISTOP SACK

**SCHWARZENBACH A. D. SAALE**

Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



**Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Winkel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft**

**M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.**

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

**Gold, Platin und Silberabfälle aller Art**

Gegr. 1896. Beste Bedien.



Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage

**Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen**

**Christoph Geier, Höchstädt b. Thiersheim, Oberfranken.**

Alles stant über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Winkel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Goldpreisen will ich es meiner werten Kundenschaft ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte.

Eine weitere Berücksichtigung erbittet

**A. Langhammer, Wilsau b. Zwickau, Sachsen.**

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Redaktion: **Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.**

Verlag: **Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.**

Druck von **E. Janiszewski, Berlin SW., Elisabeth-Str. 28/29.**